

Karl Ulrich Meyn

Kontrolle als Verfassungsprinzip: Problemstudie zu einer legitimationsorientierten Theorie der politischen Kontrolle in der Verfassungsordnung des Grundgesetzes

Nomos Verlag, Baden-Baden, 1982, 434 S., DM 118,—

Karl-Ulrich Meyns Habilitationsschrift gehört eigentlich nicht unmittelbar in den Bereich der Thematik dieser Zeitschrift, doch gebührt ihr einerseits wegen ihres verfassungsdogmatischen andererseits wegen ihres legitimationsorientierten Ansatzes auch in diesem Rahmen Beachtung. Anders als in den Werken von Karl Löwenstein und Ulrich Scheuner, die Wesentliches zur verfassungstheoretischen Diskussion der Kontrolle beigetragen haben, versucht Meyn auch unter Bezugnahme auf die Verfassungsentwicklung des Deutschen Reiches und der Bundesrepublik Deutschland das Prinzip der Kontrolle im Verfassungssystem des Grundgesetzes zu verorten. Entsprechend der Legitimationsorientierung politischer Kontrolle, die sich an dem Postulat des Art. 20 II 1 GG orientiert, dienen die Grundprinzipien des Art. 20 GG – Volkssouveränität und Demokratie, Gewaltenteilung und Bundesstaatsprinzip –, die Repräsentation im Parteienstaat, die Wahl selbst und das Rechtsstaatsprinzip als wesentliche Ansatzpunkte einer dogmatischen Begründung verfassungsrechtlich verankerter Kontrolle. Darüberhinaus bezieht Meyn aber auch – in seiner Schlußbetrachtung – die Themen Widerstand, konsultative Volksbefragung, schlichter Parlamentsbeschluß in die Betrachtung legitimationsorientierter, verfassungsrechtlicher Kontrolle ein.

Es ist ein Verdienst von Meyn, in dieser gediegenen Schrift die Ansätze einer dogmatischen Begründung der Kontrolle im Verfassungssystem der Bundesrepublik Deutschland verdeutlicht zu haben, die weit über das Grundgesetz hinausreichen und für die Untersuchung ausländischer Verfassungsordnungen und die Verfassungsvergleichung fruchtbar gemacht werden können.

Ulrich Werwigg